

Die Gleichheit

Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Kinder. — Die Frau und ihr Haus

Die Gleichheit erscheint wöchentlich
Preis: Monatlich 1,20 Mark, Einzelnummer 30 Pfennig
Durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld
3,60 Mark; unter Kreuzband 4,25 Mark

Berlin
6. September 1919

Zuschriften sind zu richten an die
Redaktion der Gleichheit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 147 40
Expedition: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Letzte Arbeit in Weimar!

Am 21. August nahm die Nationalversammlung Abschied von Weimar. Der Vormittag war ernster Arbeit gewidmet; die Vorlage des Betriebsrätegesetzes wurde in erster Lesung beraten. Die zweite und dritte Lesung wird im Herbst stattfinden, und es wäre gut, wenn bis dahin die arbeitende Bevölkerung, vor allem auch die Frauen, sich gründlich mit der ganzen Materie befassen und sachliche Kritik an dem Entwurf üben wollten. Unser Wirtschaftsleben ist nur durch die tatkräftige Anteilnahme der Arbeiterschaft wieder in die Höhe zu bringen, und das Betriebsrätegesetz muß so ausgestaltet werden, daß es dieser Forderung entspricht. Dazu ist aber eine klare Stellungnahme der arbeitenden Bevölkerung notwendig.

Am Nachmittag fand die Vereidigung des Reichspräsidenten, Genossen Ebert, statt, die mit einer schönen und würdigen Feier verbunden war. Orgelklang und Blumensträuße schufen eine weisevolle Stimmung für die Stunde, in der ein Mann der Arbeiterschaft als höchster Repräsentant der deutschen Republik den Treueid auf die Verfassung leistete.

Die vorausgegangenen Tage waren bis in die späten Abendstunden mit den Beratungen der Steuervorlagen ausgefüllt. Und doch hatten wir Frauen noch besondere Wünsche, deren Erfüllung wir im Interesse unseres gesamten Volkes für dringend notwendig hielten.

Der erste betraf die Freigabe unserer Gefangenen. Hierzu lag der Nationalversammlung die nachfolgende Entschließung sämtlicher Parteien vor, die am Abend des 20. August zur Annahme gelangte:

Die Deutsche Nationalversammlung hat wiederholt mit allem Nachdruck die Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen gefordert.

Sie erhebt noch einmal ihre Stimme, um vor aller Welt den Empfindungen des deutschen Volkes Ausdruck zu geben angesichts der sinnlosen feilschen Partei, zu der durch die unabwehrbare Verzögerung der Auslieferung die Gefangenen und ihre Angehörigen verurteilt sind.

Die Nationalversammlung steht unter dem erschütternden Eindruck zahlreicher Beweise, daß die Zahl der Opfer dieses Krieges noch nach dem Friedensschluß durch Tausende von Gefangenen vermehrt wird, die, von der Willkür und Unsicherheit ihrer Lage zerquält, körperlich und seelisch zugrunde gehen. Sie steht unter dem Eindruck der steigenden Verzweiflung von Frauen und Angehörigen, die das Ende ihrer unerträglichen Spannung immer wieder hinausgeschoben sehen. Und sie erhebt mit dem Nachdruck und der Eindringlichkeit, die dem Protest gegen zwecklose Grausamkeit und dem Appell an die Menschlichkeit innewohnt, die Forderung, daß mit dem Abtransport der Gefangenen unverzüglich begonnen wird.

Aus dem gleichen Grundsatze heraus fordert die Nationalversammlung, daß dem Rücktransport der in Deutschland befindlichen russischen Gefangenen seitens der Entente keine weiteren Schwierigkeiten bereitet werden.

* Vgl. den Leitartikel vom Genossen Dr. Singheimer in Nr. 25. Ein Artikel über die Regierungsvorlage folgt in nächster Nummer.

Schöne, leidenschaftlich menschliche Worte sprach der Präsident Herr Fehrenbach zu dieser Resolution: Aber er betonte auch nochmals, daß die deutsche Regierung alles getan habe, um die Rückgabe der Gefangenen zu erreichen. Den weiblichen Mitgliedern der Nationalversammlung wird diese Stunde unvergesslich sein, und wir hoffen aus heißem Herzen, daß sie Nutzen haben soll, damit endlich unsere Gefangenen und ihre Angehörigen von ihrer Qual erlöst werden.

Daneben war außerordentlich wichtig für die Gesamtheit der erwerbstätigen Frauen die nachstehende von allen weiblichen Mitgliedern der Nationalversammlung eingebrachte Interpellation:

Für die wirtschaftliche Demobilisierung der Frauen sind vom Demobilisationsamt Richtlinien herausgegeben (vgl. Drucksachen der Nationalversammlung Nr. 215 S. 28 und Anlage S. 74), in denen die Berücksichtigung der durch die Entlassung geschaffenen sozialen Lage der arbeitenden Frauen empfohlen wird. Tatsächlich vollziehen sich, teils unter dem Druck männlicher Berufsorganisationen, teils geradezu auf Anordnung der lokalen Demobilisierungsausschüsse, die Entlassungen in einem Umfang und einer Art und Weise, in der nicht nur eine schwere Ungerechtigkeit den Frauen gegenüber liegt, sondern aus der auch schwere soziale und sittliche Gefahren sich ergeben müssen. Es ist unverkennbar, daß die aufgestellten Richtlinien unwirksam bleiben.

Sind der Regierung diese Tatsachen bekannt, und ist sie — entsprechend ihrem Programm — bereit, durch die Berufung von Frauen zur Mitwirkung bei allen Stellen, die mit sozialpolitischen Maßnahmen betreffend die Frauenarbeit zu tun haben, eine ausreichende Rücksichtnahme auf die arbeitenden Frauen zu gewährleisten?

Die Demokratin, Frau Dr. Baum, gab eine sehr gute sachliche Begründung dazu. —

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt liegen äußerst schwierig. Es ist für alle Frauen selbstverständlich, daß Kriegsteilnehmer bei der Vergabe von Arbeit in allen Berufen zuerst berücksichtigt werden müssen. Aber auch im Erwerbsleben muß es heißen: freie Bahn dem Tüchtigen, und es darf kein Unterschied nach dem Geschlecht gemacht werden. Es geht nicht an, den Frauen die wirtschaftliche Gleichberechtigung abzusprechen zu wollen in dem Augenblick, wo ihnen dieselbe staatsbürgerlich zuerkannt worden ist; eine ohne die andere ist eine Unmöglichkeit.

Es wäre auch ein Fehler, prinzipiell die Notwendigkeit zum Erwerb über die Leistungsfähigkeit zu stellen, wenn auch gegenwärtig die soziale Lage der zu Entlassenden berücksichtigt werden muß.

Der Regierungsvortreter, Wirtschaftsminister Genosse Schlöde, sagte die Erfüllung der im 2. Absatz der Interpellation erhobenen Forderung zu. So sollen nun für alle Stellen, welche die Frauenarbeit regeln, auch Frauen zur Mitarbeit herangezogen werden. An die Arbeiterschaft tritt damit erneut die Forderung heran, aus ihrer Mitte Frauen für diese Aufgabe heranzubilden. Das natürliche soziale Verständnis, der Wille und praktische Lebenserfahrung sind gute Vorbedingun-

gen, welche unsere Genossinnen häufig in umfangreicherem Maße mitbringen werden, als die Frau aus bürgerlichen Kreisen. Aber das genügt nicht, um an irgendeinem Reichs- oder Landesamt die sozialen Aufgaben im Interesse der Frauen, Kinder und Familien so zu lösen, wie wir es uns denken. Dazu gehört auch ein tüchtiges Wissen. Genaue Kenntnis der sozialpolitischen Gesetzgebung und der wirtschaftspolitischen Entwicklung ist notwendig.

Dies wird nun in den meisten Fällen die bürgerliche Frau in reicherm Maße besitzen, denn der Arbeiterin standen ja nicht Mittel noch Zeit zur Verfügung, sich dieses theoretische Wissen anzueignen. Wie kann diese Lücke ausgefüllt, ein gerechter Ausgleich geschaffen werden?

Ich meine, daß die Volkshochschulen, welche nach dem Willen der Regierung überall ins Leben gerufen werden, das Mittel zur schnellen Erreichung des Zweckes sein könnten. Es sollten dem Unterrichtsplan soziale Frauenkurse eingegliedert werden, und unsere Organisationen sollten dafür sorgen, daß es Mädchen und Frauen aus unseren Kreisen ermöglicht würde, diese Kurse zu besuchen. Wo gutgeleitete soziale Frauenschulen bereits bestehen, könnte die Stadtverwaltung diese der minderbemittelten Bevölkerung durch einen Zuschuß zugänglich machen. Vielleicht gibt es andere Wege, die besser sind. Jedenfalls ist die Arbeiterchaft stark daran interessiert, daß sie tüchtige weibliche Kräfte für die Bearbeitung der sozialen Gebiete zur Verfügung hat.

Ein Antrag der Genossin Bollmann, wonach aus den Heeresbeständen Wäsche für Wäscherinnen zur Verfügung gestellt wird, fand einstimmige Annahme. Auch er bedeutet ein Stück positiver Arbeit.

In schwerer Zeit sind die deutschen Frauen ins Parlament eingezogen und harte Arbeit haben sie mitgeleistet. Manchmal wollte es uns scheinen, als sei die lastende Verantwortung zu schwer, und die Tage der Friedensunterzeichnung waren Tage schwerster Seelenkämpfe. Aber wir mußten durch. Unsere Wählerinnen erwarteten, daß wir standhielten. Und wenn wir nun zurückschauen auf die Arbeit von Weimar, dann dürfen wir wohl doch das Gefühl haben: es ist gut, daß Frauen bei waren.

Unserer Sehnsucht Ziel: ein freies Menschentum auf freier Erde, liegt noch in weiter Ferne, aber wir sind auf dem Wege dazu. —

Zur Verständigung und Versöhnung

Vom internationalen Frauenstimmrechtsbund ging uns nachstehender Brief zu:

London, den 6. August 1919.

An die Redaktion der „Gleichheit“, Berlin.

Geehrte Frau!

Da die Postbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern wieder hergestellt sind, können wir Ihnen direkt die Frauenstimmrechtszeitung senden, und wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie Ihr Blatt wie früher austauschen wollten. — Ich selbst gebe die Schriftleitung auf und verlasse das Bureau, aber das wird natürlich nichts ändern. — Darf ich diese Gelegenheit benutzen, Sie zu grüßen mit warmen, guten Wünschen für die künftige internationale Zusammenarbeit? — Wir müssen alle helfen, um eine künftige Wiederkehr des Unglücks zu verhindern, das Europa während der letzten 5 Jahre verwüstet hat. Ich bedauere, daß mein Gruß zugleich ein Lebenswohl sein muß.

Ihre sehr ergebene
M. Sheephanks.

Die Redaktion antwortete:

Berlin, den 26. August 1919.

An Frau Mary Sheephanks,
für den internationalen Stimmrechtsbund, London.

Ehrwürdige Frau!

Ich danke Ihnen herzlich für die guten Wünsche in Ihrem Schreiben vom 6. August. Wenn der Wille in uns ist, durch Liebe den Haß der Völker zu überwinden, dann wird die Menschheit niemals wieder den Wahnsinn eines Krieges erleben. Die Mütter

Stark sein!

Stark sein, das ist jetzt vonnöten!
Nicht verzagen! Nicht ermatten!
Wirft die Zeit auch tiefste Schatten,
Einst muß sich ein Morgen röten!

Licht wird wieder uns umfließen
Und erhellen unsere Mienen.
Leben wird aus den Ruinen
Wieder voll Verheißung sprießen.

Erdwärts drückt des Leides Bürde
Unsre Schultern, unsre Würde . . .
Ja, wir haben schwer zu tragen!

Doch den Willen darf nichts töten!
Stark sein, das ist jetzt vonnöten!
Nicht ermatten, nicht verzagen!

der ganzen Welt müssen ihre Kinder für den Frieden erziehen, müssen die heilige Flamme der Menschenliebe in ihnen entfachen; denn die Kinder sind die Grundlage einer neuen, glücklicheren Menschheit.

Notwendig ist es aber, daß alles, was dem Völkerhaß neue Nahrung gibt, beseitigt wird. Dazu gehört die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen. Millionen Menschen verzehren sich in furchtbarter Seelenqual nach ihren Lieben. Wenn der Sieger nicht edelmütig gegen Wehrlose sein konnte, dann sollte er doch gerecht und menschlich sein. Das Leid der Frauen und Mütter war während des Krieges international, darum müssen sie in aller Welt verstehen, was die Frauen und Mütter unserer Gefangenen und diese selbst jetzt leiden. Und darum bitte ich auch Sie, verehrte Frau, helfen Sie mit, daß die deutschen Gefangenen bald in die Heimat zurückkehren.

Die Erleichterung der harten Friedensbedingungen, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und gute Handelsbeziehungen werden die Versöhnung fördern. Deutschland braucht Rohstoffe, um arbeiten zu können, und da es verarmt ist, kann es nur kaufen, wenn ihm Kredit gegeben wird.

Durch die Verfassung der deutschen Republik sind wir staatsrechtlich die freiesten Frauen der Welt geworden, und wir wollen Gesehe schaffen helfen, welche die freie Entwicklung auf allen Gebieten sichern. Wir Sozialdemokratinnen wissen aber, daß es eine wirkliche Freiheit ohne ökonomische Unabhängigkeit nicht gibt, und darum brauchen wir Arbeitsmöglichkeiten zur freien wirtschaftlichen Entfaltung für die Frauen.

Ich bin überzeugt, daß die politische und staatsbürgerliche Gleichberechtigung der deutschen Frau ein gutes Stück vorwärts auf dem Wege der internationalen Freiheit und Versöhnung bedeutet.

Es tut mir leid, daß Sie die Zeitung der Frauenstimmrechtszeitung aufgegeben haben, aber ich hoffe, daß die Verbindung zwischen uns trotzdem nicht aufhören soll und daß ich mit der neuen Redaktion in gutem Einvernehmen sein werde. Die „Gleichheit“ wird regelmäßig an die Redaktion sowie an Ihre Adresse abgehen.

Ich grüße Sie herzlich!

Ihre sehr ergebene
Mara Bohn-Schuch.

Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag

Seit 5 Jahren befinden sich die Völker des Erdballs in steter Aufregung und wirtschaftlicher Not infolge des schrecklichsten aller Kriege, den je die Kulturvölker geführt haben. Am meisten haben ohne Zweifel die Frauen und Mütter aller Länder gelitten, sind sie es doch, deren Kinder dieser Menschenschlächtere — moderne Kriegsführung genannt — zum Opfer gefallen sind. Diese Opfer liegen nicht nur auf den Schlachtfeldern in Flandern, in Rußland, am Balkan usw., nein, die Tausende indirekter Kriegsoffer, die es in Deutschland infolge der Blockade gegeben hat, liegen auf den heimischen Friedhöfen. Die Sterbeziffern an Kindern, Frauen und älteren Leuten, die durch Hunger, durch Entbehrungen langsam zu Tode gequält wurden, sind so enorm hoch, daß die Blockade ein ewiges

Schandmal für die Sieger bleibt, und mancher Mutterfluch für diese Art der Kriegsführung gegen unschuldige Frauen und Kinder bleibt an den Siegern haften.

Die seelische Not, in der die Frauen und Mütter diese lange Zeit hindurch lebten, die Sorge um den im Seeresdienst stehenden Gatten, Sohn, Bruder, den Freund oder den Verlobten hat hemmend und störend in alles Frauenleben eingegriffen und es vergiftet. Dazu die steigende Not der Ernährung, verschärft durch Wucher von eigenen raffgierigen Volksgenossen. Da braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn das Interesse an Dingen der Kultur und des Geistes mehr und mehr schwand. Das Wort vom Jungbrunnen und vom Stahlbad, in dem das deutsche Volk sich befände und das zu seiner Erneuerung und steigender Kraft führen solle, war eitel Lüge der Kriegsbeher und -verlängerer, der Kriegsinteressenten und der fanatisierten Kriegsberauschten.

Die große Volksmasse versank in körperliche und seelische Not; Friede und Brot war schließlich die einzigste Parole, für die sie noch zu haben war. Unter solchen Zuständen war die Hochhaltung unserer Parteiorganisation schwer, an einzelnen Orten fast unmöglich. Dieser Zustand verstärkte sich selbstverständlich, als die Spaltung der sozialdemokratischen Partei sich öffentlich vollzog. Der wilde Bruderkampf stieß ab und versenkte viele Gemüter in politische Gleichgültigkeit; höchstens hoffte man noch auf die Zukunft. Dann kam der militärische Zusammenbruch an der Front und die politische Revolution. Am 9. November 1918 rollten 22 Kronen in den Staub, das monarchische System, das Gottesgnadentum, versank auf immer. Dann kam ein Zustand, der nicht schön, aber begreiflich ist. Große Volksmassen, teils von den Schrednissen des Schützengrabens krank und fast urteilsunfähig, teils von Männern und Frauen, die durch allen Kommer und alle Plage den Sinn für Ordnung verloren hatten, drängten weit über das Mögliche hinaus.

Jetzt ist eine gewisse Ruhe wieder eingetreten und es scheint, die Vernunft fängt stärker an sich zu regen. Wir können hoffen, daß die Macht all jener Gewalten, die die sozialdemokratische Partei zerstören und zerreißen wollten,

verfällt und daß die Arbeiterschaft in eine neue Periode des Aufbaus ihrer Organisationen tritt.

Sechs Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen sind bereits gewerkschaftlich organisiert, und wir hoffen, daß auch unsere Parteibewegung bald große Aufschwungsziffern verzeichnen kann. Wir hoffen vor allem, daß die Frauen die neue Zeit und ihre neuen Rechte begreifen und daß sie nicht ruhen noch rasten, bis die weibliche Mitgliederzahl und die Abonentenzahl der „Gleichheit“ so anwächst, daß sie der Zahl der weiblichen Wählermassen entspricht.

Frauen und Mädchen! Jetzt gilt es zu zeigen, daß die Frauen reif sind zur Ausübung der politischen Rechte. Kommt und helft im Kampf gegen Unwissenheit und Gleichgültigkeit. Frauen, in Eurem Selbstinteresse schließt Euch an und leistet freudig und stark Parteiarbeit, die uns zu den neuen Ufern führen wird, zu denen ein neuer Tag uns lockt.

Wilhelmine Kähler, M. d. R.

Die Verfassung des Deutschen Reiches

Von Marie Juchacz

II. Abschnitt: Der Reichstag

Vielfach hört man aus den Reihen der Arbeiterschaft, ganz besonders von unabhängigen oder kommunistischen Arbeitern, das Wort: „Es ist ja nichts erreicht worden.“ Es kommt ganz auf die Auffassung des einzelnen an, ob er sich das Obengesagte zu eigen macht oder das wirklich Erreichte anerkennt und richtig einschätzt. Der deutsche Staatsbürger, dessen Denken demokratisch eingestellt ist, wird im Artikel 22, dem wichtigsten des II. Abschnitts der Verfassung, einen wesentlichen Fortschritt erblicken. Er lautet:

Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundgesetzen der Verfassungswahl gewählt. Der Wahltag muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein.

Ich will nicht verhehlen, daß meine Phantasie mir die Dame, die nun keine blauen Seidenstrümpfe mehr hatte, als sehr berückend, zugleich aber auch als sehr leichtsinnig ansah.

Ich bitte Sie: wie kann ein Mensch auf offener Straße so ohne weiteres seine Seidenstrümpfe verlieren? — Ich dachte eine kleine Weile über die Angelegenheit nach und sah im Geiste ein blühendes, blaues Augenpaar und einen feinen, stolzen, koketten Mund vor mir . . .

„Rein wäre es schon, diese blauen Strümpfe zu finden“, sagte ich zu mir selbst, „denn es ist klar, daß du auf diese Weise die Eigentümerin würdest zu sehen bekommen . . . Aber, nun ja, hast du denn etwa auch mal Glück? Kannst du dich überhaupt entsinnen, schon jemals in deinem Leben Glück gehabt zu haben?“ „Die blauen Seidenstrümpfe finden immer andere, Glücklichere als du!“

Aber die Strümpfe ließen mir doch keine Ruhe . . . Ein Tag ging, der zweite — die Anzeige tauchte immer wieder an der gewohnten Stelle in der Zeitung auf: „Auf dem Heimwege vom Apollo-Theater ein Paar blaue Seidenstrümpfe verloren. Den Wiederbringer belohnt ein dankbarer Blick aus einem Paar blauer Augen.“ Teufel noch einmal, sollte ich denn wirklich nicht einmal ein Paar Strümpfe finden können?!

Und eine höhnische Stimme in mir selbst sicherte und lachte und sprach:

„Ich schwöre dir — ich schwöre dir bei allem, was du willst: du findest sie nicht — du findest sie nicht — findest sie nicht — — —“

Als die Anzeige zum viertenmal erschien — was für die Leser keine Aufforderung zum Inserieren sein soll, wohl-

* Feuilleton *

Wer sich selbst recht kennt, kann sehr bald alle andern Menschen kennenlernen. Es ist alles Zurückstrahlung. Lichtenberg.

Ein Paar blaue Seidenstrümpfe

Nach dem Schwedischen des Helmer Wänberg.
Deutsch von Werner Peter Larsen, München.

Ein jeder von uns weiß, daß eine gewisse Rubrik unserer Tageszeitungen tagtäglich höchst eigentümliche Anzeigen aufweist; oder hat nicht etwa ein jeder schon so etwa auf der letzten Seite des Anzeigenteils etwa folgendes gelesen:

„Auf dem Wege vom Volkshaus bis . . . eine rote Seidenbluse verloren; der Wiederbringer erhält“ usw. usw. oder:

„ein völlig neuer Bisampelz im Auto Nr. . . . von . . . bis . . . vergessen worden; der eheliche Finder wird zum allermindesten mit einem betörenden Nächeln belohnt . . .“

Nun habe ich vor einiger Zeit aber die merkwürdigste Anzeige dieser Art gelesen, und die lautete folgendermaßen:

„Auf dem Heimwege vom Apollo-Theater ein Paar blaue Seidenstrümpfe verloren. Den Wiederbringer belohnt ein dankbarer Blick aus einem Paar blauer Augen.“

Folgte die genaue Adresse der Dame, die ihre blauen Seidenstrümpfe verloren hatte.

Ich muß gestehen, daß ich, nachdem ich diese Anzeige gelesen hatte, zu mir selbst ganz laut sagte: „Ein, hm . . . Aha, aha!“

Das Nähere bestimmt das Reichswahlgesetz.

Man sehe sich das Programm der Sozialdemokratischen Partei an und wird finden, daß unsere seit Jahrzehnten erhobenen und vertretenen Forderungen in diesem Artikel erfüllt sind. Für die aber, die da behaupten, daß abgesehen von dem Frauenwahlrecht, dem herabgesetzten Wahlalter, dem Verhältniswahlssystem und dem Wahlfesttag doch schon zum alten Reichstag das Wahlrecht ein recht gutes war, müssen wir sagen: Der alte Reichstag war durch unsere monarchische und halbabsolutistische Verfassung zur Ohnmacht verurteilt. Der neue Reichstag aber wird nicht nur mit dem Wort, sondern auch in der Tat der echte Willensausdruck des Volkes sein. Eins aber muß, trotzdem es für jeden Demokraten selbstverständlich sein sollte, immer wieder gesagt werden: Solange die Mehrheit des deutschen Volkes nicht sozialistisch denkt und seinem Denken bei der Wahl zum Reichstag tatkräftigen Ausdruck gibt, kann auch die Politik des Reichstages keine rein sozialistische sein, wird sie immer Kompromißpolitik bleiben.

Der Artikel 23 setzt die jeweilige Dauer des Reichstages auf vier Jahre fest. Nach den Wünschen der Sozialdemokratie sollte eine dreijährige Legislaturperiode beschlossen werden, sie ist damit nicht durchgedrungen. Die vier Jahre sind ebenfalls wieder ein Kompromiß, das mit Hilfe der Unabhängigen angenommen wurde. Ursprünglich waren sich die bürgerlichen Parteien auf fünf Jahre einig. Der Artikel sagt weiter, daß der Reichstag spätestens am 30. Tage nach seiner Wahl zusammentreten muß. Diese Bestimmung ist sehr wichtig, sie beugt jeder Verschleppung der Geschäfte der wichtigsten gesetzgebenden Körperschaft vor.

Artikel 25 regelt das Auflösungsrecht des Präsidenten. Man kann als Sozialist im Zweifel darüber sein, ob es nicht eine Einschränkung der Demokratie bedeutet, wenn dem Reichspräsidenten überhaupt das Recht der Auflösung des Reichstages gegeben wird, doch wird auch hier die in der Befugnis liegende autokratische Tendenz aufgehoben durch demokratische Gegentendenzen.

Die Artikel 26, 27 und 28 sind geschäftsordnungsmäßiger Natur. Dagegen ist Artikel 29 von Wichtigkeit. Er sagt:

gemerkt! —, als die Anzeige also zum viertenmal erschien, da endlich ging mir ein Licht auf; ich hätte gerade hüpfen mögen vor Freude, weil ich endlich begriffen hatte, daß ich das Paar blaue Seidenstrümpfe in der Tat niemals finden würde. . . Was aber stand mir im Wege, sie in einem beliebigen Geschäft zu kaufen und sie der Verkäuferin zu überbringen? Gesagt — getan! Ich ging in das nächstbeste große Strumpfwarengeschäft, und als ich drinnen war, wählte ich mich am Ende meines Zieles. . .

„Sie wünschen —?“ fragte die Verkäuferin zuvorkommend.
„Nur eine Kleinigkeit. . . Ein Paar blaue Damen-Seidenstrümpfe. . .“

„Bedauere sehr; es ist alles ausverkauft. . . erst gestern noch das letzte Paar. . . Aber wenn ich Ihnen sonst etwas zeigen dürfte. . . in lila oder in rosa. . .“

„Ich danke,“ sagte ich. Ich war geradezu beleidigt. Und ging weiter.

Ich ging so etwa durch alle Strumpfwarengeschäfte der Stadt, ich ging durch alle Geschäfte, die Damenartikel führten — dieselbe Antwort überall:

„Bedauere sehr; alles ausverkauft. . .“

Ich nahm mir ein Auto und fuhr in den Vorstädten von Geschäft zu Geschäft; dieselbe Antwort:

„Alles ausverkauft. . .“

Ja, sollte es denn wirklich nicht möglich sein, in der ganzen Stadt ein einziges Paar blaue Seidenstrümpfe aufzutreiben?!

„Es ist absolut unmöglich!“ jagte eine jede Verkäuferin im Brüllen der Ueberzeugung.

Man darf vieles glauben, aber man darf nicht alles glauben, was selbst die bestgläubigste Verkäuferin sagt: gegen Abend

Der Reichstag verhandelt öffentlich. Auf Antrag von fünfzig Mitgliedern kann mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Es muß schon ein ganz besonderer Fall sein, bei dem sich eine Zweidrittelmehrheit für diesen Zweck zusammensindet.

Artikel 30 besagt, daß die wahrheitsgetreue Berichterstattung des Reichstages, der Landtage oder ihrer Ausschüsse, sofern sie öffentliche Sitzungen betreffen, von jeder Verantwortlichkeit frei sind.

Der Reichstag kann durch ein von ihm in Gemeinschaft mit dem Reichsverwaltungsgericht gebildetes Wahlprüfungsgericht darüber entscheiden, ob ein Abgeordneter die Mitgliedschaft verloren hat. Weiter regelt der Abschnitt II im Artikel 33 die Pflichten und Rechte der Minister. Ihre Anwesenheit kann vom Reichstag verlangt werden, sie selbst und ihre Beauftragten haben jederzeit Zutritt und das Recht, auch außerhalb der Tagesordnung gehört zu werden. Doch müssen sie sich im übrigen der Geschäftsordnung fügen.

Artikel 34 gibt dem Reichstag das Recht und die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Gerichte und Verwaltungsbehörden müssen diesen Untersuchungsausschüssen auf Verlangen ihre Akten zur Verfügung stellen. Hätte der alte Reichstag der vorrevolutionären Zeit solche Befugnisse und die dazu gehörende Macht der Durchführung besessen, wäre vielleicht manches anders gekommen.

Dieselbe Bedeutung hat der Artikel 35, der die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vorsieht, der auch außerhalb der Tagungszeit und nach Beendigung der Wahlperiode, also zwischen zwei Wahlen tätig sein kann. Auch zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung ist ein ständiger Ausschuss vorgesehen, der, ebenso wie der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, die Rechte der Untersuchungsausschüsse besitzt.

Artikel 36, 37 und 38 regeln und encuern die Immunität und das Recht der Zeugnisverweigerung der Abgeordneten des Reichstages und der Landtage. Ist auch die Gefahr politischer Verfolgungen und Drangsalierungen unter dem demokratischen System weniger groß, so müssen

erwart ich das letzte Paar blauer Seidenstrümpfe, das sich noch im ganzen Umkreis der Stadt befand. . .

Ich fuhr heim, legte mich zu Bett und stand am nächsten Morgen, mit meinem Strumpfstarkton unter dem Arm, nach vielerlei Mühsalen endlich vor der Wohnungstür der „Däme mit den blauen Augen“.

Eine Dienerin führte mich in den Salon; und nicht lange danach erschien auch bereits ihre Herrin, eine stattliche, blonde Dame von eleganter Figur. . .

„Du —?“ rief sie unwillkürlich aus. „Du bist es —?“ Ja, um Gotteswillen, Mensch, von wo hast Du denn bloß meine Adresse erfahren?! Wir haben uns ja seit der Schule nicht mehr gesehen! . . .“

„Ja,“ sagte ich, „um Himmelswillen. . . entschuldige, bitte, aber Deine Adresse ist doch klar und deutlich in der Anzeige genannt. . .“

„Ja, bringst Du mir etwa auch Strümpfe?“ fragt sie und will sich vor Lachen ausschütten.

„Strümpfe. . .?“ sagte ich. „Ja. . . gewiß. . . aber nun sag mir doch mal, wie kannst Du denn bloß so ungeschickt sein, Deine Strümpfe zu verlieren?“

„Ja. . .“ sagt sie, „wie ich meine Strümpfe verloren habe? Sahahaha! Wie bist Du doch noch immer dumm. Aber nun komm mal erst da in den kleinen Salon herein!“

Ich trete also in den kleinen Salon.

„Siehst Du,“ sagt sie, indem sie neben mir Platz nahm und plötzlich einen ganz anderen, beinahe bekümmerten Gesichtsausdruck bekam. „Ich habe natürlich nie im Leben ein Paar blaue Seidenstrümpfe verloren, sondern es war nur die Not, die mich erfinderisch gemacht hat. Ja, weißt Du, ich bin da am

doch diese Bestimmungen einen selbstverständlichen Bestandteil der Verfassung bilden. Von Bedeutung ist, daß in den meisten Artikeln übergreifen wird auf die Landtage, so daß diese hiermit schon durch Reichsverfassung gebunden sind, nach den gleichen Grundsätzen zu handeln.

Das Recht der Beamten und Mitglieder der Wehrmacht auf Ausübung eines Mandats ist ebenfalls in diesem Abschnitt der Verfassung gesichert, so daß auch sehr kritische Beurteiler wohl zu dem Schluß kommen müssen, daß, wenn wir nicht Anhänger der politischen Diktatur sind, wir eingestehen müssen, daß im politischen Leben durch diesen Abschnitt der Verfassung die Demokratie und damit die Möglichkeit einer gesunden Fortentwicklung unseres politischen Lebens gesichert ist. Kommt das Proletariat durch Aufklärung und Einsicht zur politischen Macht, so kann es diese vollkommen nützen zur Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte. Sollen die Frauen, deren politisches Mitbestimmungsrecht in der Verfassung nunmehr verankert ist, der Entwicklung kein Hemmschuh werden, dann müssen sie ebenfalls durch rast- und restlose Aufklärung im sozialistischen Sinne Staatsbürgerinnen im vollen Sinne des Wortes werden. Jede Genossin hat die Pflicht dazu zu helfen.

Neue Hilfe für Mutter und Kind

Unter dieser Überschrift brachten wir in der letzten Nummer der „Gleichheit“ einen Artikel über den von der sozialdemokratischen und Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung unterbreiteten Gesetzentwurf über Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Nachdem inzwischen eine Durchberatung im Ausschuß sowie die Annahme des Gesetzes im Plenum der Nationalversammlung erfolgt ist, sind einige Veränderungen nachzutragen.

Vor allem ist von besonderer Wichtigkeit, daß das Wochenlohn anstatt für 8 Wochen für 10 Wochen gezahlt werden soll, so daß vier Wochen vor der Entbindung liegen, eine Bestimmung, die von größter Bedeutung für unsere Volks-

Wolke, aber ich habe seit drei Monaten schon keinen Heller Wage mehr gekriegt — nun, das mußt Du Dir doch also selbst sagen können: von was soll ich denn nun eigentlich leben —?!

„Um . . .“ sagte ich.

„Ja, eben,“ sagt sie, „ich sehe schon, daß Du das versteht! Na, ich kann doch nicht einfach in die Luft gucken, geht? Denk mal, wenn ich nicht mal mehr etwas zu meinem Tee zu essen habe! . . . Und jetzt noch den Jungen dazu . . . drei Jahre ist er schon . . . der will auch essen, und nicht zu knapp! Na, nun sag mir doch mal, wenn die mir keine Wage zahlen — wo soll ich es denn eigentlich hernehmen —?!“

„Um . . .“ sagte ich.

„Na, und da habe ich denn eben in allen möglichen Zeitungen inseriert: „Eine sehr bedürftige Frau sucht Arbeit, welcher Art es auch sei.“ Aber niemand, mein Freund, hat mir geantwortet. Ich aber habe gewartet und habe mit meinem Jungen gehungert — wochenlang! . . . Und dann habe ich noch einmal ein Inserat erlassen: „Wer würde mir helfen, und sei es auch nur mit 5 Kronen?“ Niemand hat mir geantwortet . . .“

„Um . . .“ sagte ich.

„Ja,“ sagt sie, „hm . . . hm . . . hm . . . dummer Schulbub. Du . . .! Hoffst Du denn überhaupt eine Ahnung davon, was das Leben ist?! . . . Nach diesem meinem letzten Inserat habe ich begriffen, daß es überall in der Welt Menschen gibt, die Geld und alles mögliche übrig haben für eine schöne Frau, daß es aber unter Hunderten kaum einen einzigen geben wird, der soviel Edelmut besitzt, um einem wirklich Notleidenden emporzuhelfen! Und da habe ich das Inserat von den blau-

geundheit ist. Sodann ist für die versicherte Wöchnerin das Wochenlohn sowie das Stillgeld mit 1,50 Mk. beziehungsweise 0,75 Mk. auch für den Fall gesichert, daß ihr diese Bezüge auf Grund ihres Krankengeldanspruches nicht zustehen sollten. Selbstverständlich ist eine Grenze nach oben hier nicht festgelegt worden. Dagegen hat für die versicherungsfreien Familienmitglieder der Versicherten eine Beschränkung dahin stattgefunden, daß Wochen- und Stillgeld überhaupt nur in obiger Höhe gezahlt werden, es sei denn, daß die Klassen durch ihre Satzungen eine Erhöhung beschließen. Diese Begrenzung ist deshalb vorgenommen worden, weil das Reich zu dieser Wochenhilfe für die versicherungsfreien Familienmitglieder die Hälfte beitragen soll, um eine zu große Belastung der Krankenkassenmitglieder zu vermeiden. In diesem Falle aber war es sozial, nicht der einen Hilfsbedürftigen mehr aus Reichsmitteln zukommen zu lassen als der anderen, um so mehr, als auf diese Weise gerade die Bedürftigsten am schlechtesten weggekommen wären.

Eine erhebliche Verbesserung hat insofern stattgefunden, als die Beihilfe zu den Arzt- und Hebammenkosten bei Schwangerschaftsbeschwerden statt mit 10 Mk. bis zu 25 Mk. gewährt werden kann.

Im Falle der Wochenfürsorge für unbemittelte Wöchnerinnen ist die Begrenzung des Begriffes „minderbemittelt“ für die unverheiratete Wöchnerin heraufgesetzt worden von 1500 Mk. auf 2000 Mk. Jahreseinkommen.

Weitergehende Anträge, die ganz besonders von Seiten der Unabhängigen Sozialdemokratie gestellt wurden, mußten, so schwer es besonders uns Sozialdemokraten fiel, abgelehnt werden, da sie im Hinblick auf unsere gegenwärtige Lage nicht durchgeführt werden können.* Als Mehrheitspartei können wir es uns nun einmal nicht leisten, aus agitatorischen Gründen unmögliche Dinge zu verlangen, sondern es ist unsere — oft gewiß nicht angenehme — Aufgabe, das

* Das Mitglied der U. S. P. im sozialen Ausschuß, der Abgeordnete Braß, hatte auch diese Meinung vertreten.

seidenen Strümpfen aufgegeben, und — ich habe mich nicht getraut . . .“

Sie stand auf und reckte sich, als koste sie einen Triumph aus . . .

„Soll ich Dir vielleicht sagen, wieviel Paar blaueidene Strümpfe ich in diesen Wochen, teils persönlich, teils durch die Post, bekommen habe?“

Und ohne meine Antwort weiter abzuwarten:

„Ich habe es genau gebucht: es sind 53 753 Paar!“

Im ersten Augenblick stand ich, ohne ein Wort zu sagen, wie versteinert.

„Ja,“ sagte sie, „53 753 Paar . . . Und gestern erst habe ich sie mit einem fabelhaften Profit verkauft — es sind nämlich überhaupt keine mehr in der ganzen Stadt aufzutreiben —: ich habe 107 506 Kronen herausgeschlagen . . . Nun habe ich genug; nun bin ich reich — als ich aber 5 Kronen brauchte — — —“

Sie lachte auf und schüttelte sich dann, als esse sie plötzlich etwas.

„Als ich 5 Kronen brauchte — — —“

„Um Himmelswillen,“ konnte ich mich nicht enthalten, zu fragen, „ist das denn wirklich Ihr Ernst: 107 506 Kronen —?“

„Ja, mein Lieber,“ sagte sie, „es ist mein Ernst. 107 506 Kronen! Und in dem Karton haben Sie also blaueidene Strümpfe für mich? Wie Sie doch liebenswürdig sind! Natürlich haben Sie mein Inserat nicht gelesen, damals, als ich 5 Kronen brauchte . . .? Nun, schließlich ist das ja egal . . . Verta, bitte, wollen Sie dem Herrn nicht mal zeigen, wo die Ausgangstür ist . . .“

Mögliche durchzuführen, auch dann, wenn — wie in diesem Falle — unser Herz uns mit Gewalt weiterrücken will.

Zimmerhin glauben wir sagen zu können, daß hier ein gutes Stück sozialer Arbeit geleistet worden ist, dessen wir uns nicht zu schämen haben. Der Tag wird kommen, wo es weiter ausgebaut werden kann. Louise Schroeder.

Genossenschaftliche Rundschau

Die Konsumvereine zeigten in den letzten Monaten auf vielerlei Gebieten eine außerordentliche Regsamkeit. Der Krieg und die mit ihm verbundene Zwangswirtschaft haben der Entwicklung der Genossenschaften allerlei Schranken auferlegt, die jetzt allmählich zu fallen beginnen oder doch wenigstens gelockert werden. Das äußert sich in allerlei Unternehmungen, neuen Organisationen und Erweiterungen der Genossenschaftsbetriebe, die in den letzten Wochen durch die Presse bekannt gemacht worden sind. Zu begrüßen ist unter anderem, daß auch die Konzentration der Vereine in Form von Verschmelzungen sich wieder mehr bemerkbar macht. Besonders aus den Gebieten der kleinen Konsumvereine, aus Thüringen und dem Freistaat Sachsen, werden fortgesetzt Zusammenlegungen von benachbarten Konsumvereinen gemeldet. Aber auch in anderen Gebieten Deutschlands macht sich das Bestreben, die Kräfte zusammenzunehmen, um durch die Vereinigung Wertvolleres zu leisten, bemerkbar. Von der Erhöhung der Geschäftsanteile zwecks Verstärkung der Kapitalkraft haben wir wiederholt berichtet können. Es scheint, als wenn in absehbarer Zeit die Geschäftsanteile überall die Mindesthöhe von 50 Mk. erreicht haben werden. Eine Reihe von Genossenschaften zeigt erhebliche Umsatzzugewinne an. Ueberraschend große Fortschritte macht die große Berliner Konsumgenossenschaft, die im Juli einen Umsatz von rund 6 000 000 Mk. erreicht hat. Man rechnet damit, daß dieser Konsumverein im laufenden Jahr einen Umsatz von etwa 70 Millionen Mk. erreichen wird. Das wäre eine Ziffer, die bisher in keinem Konsumverein der Welt verzeichnet werden konnte. Es ist selbstverständlich, daß die Genossenschaftsleitungen diese Zeit der etwas freieren Bewegungsmöglichkeit auszunutzen, um die Masse für sich zu gewinnen. Es wird darum auch von vielen Orten ein starker Zustrom von Mitgliedern festgestellt. Die Konsumvereine leisten dadurch, daß sie jetzt mit allen Kräften Mitgliederzahlen, Umsatzjournale und Leistungen zu erhöhen bemüht sind, der Sozialisierung der Lebens-

mittelversorgung starken Vorjubel. Es wird kaum eine erfolgreichere Methode geben, auf diesem Gebiete die Sozialisierung durchzuführen, als durch Ausbau und Entwicklung der Konsumgenossenschaften. Es dürfte insbesondere an den Frauen liegen, durch genossenschaftliche Treue und fleißige Mitarbeit auch in der Leitung der Konsumgenossenschaften diese Entwicklung zu unterstützen.

Auch in Gebieten, die bisher der Konsumvereinsbewegung verschlossen schienen, werden neuerdings Konsumgenossenschaften errichtet. Nachdem schon vor einigen Jahren auf der Insel Sylt der Konsumverein für Westerland und Umgegend gegründet worden ist und bereits erhebliche Fortschritte aufzuweisen kann, hat auch die Insel Föhr in West ein Konsumverein erhalten. Der erste Monatsumsatz betrug nicht weniger als 30 000 Mk. Entsprechend den lokalen Verhältnissen müssen diese Konsumvereine der Nordseeinseln von den üblichen Gepflogenheiten abweichend besondere Einrichtungen treffen. So rechnet dieser Verein auf Sylt, dessen Mitglieder zum großen Teil Fischer sind, mit der baldigen Notwendigkeit, eine Fischräuderei einzurichten, womit auch hier Sozialisierungsarbeit geleistet wird.

Als erste reine Konsumenten-Kammer, die in Deutschland errichtet wurde, hat nunmehr die Konsumenten-Kammer in Hamburg die einleitenden Schritte getan, um zu einer festen rechtlichen Grundlage zu gelangen. Nach dem Entwurf der Statuten soll diese als öffentlich-rechtliche Körperschaft gedachte Kammer aus denjenigen in Hamburg vorhandenen rechtsfähigen Organisationen bestehen, die als Hauptzweck die Güterversorgung des täglichen Bedarfs und die Pflege und Förderung der Hauswirtschaft verfolgen und die etwaigen Ueberschüsse den Konsumenten zugute kommen lassen.

Eine starke Hemmung der Konsumvereinsbewegung in Preußen ist gefallen. Ein Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten in der preussischen Landesversammlung auf Aufhebung der Warenhaussteuer hatte vollen Erfolg, und die preussischen Konsumvereine sollen rückwirkend vom 1. April von der Warenhaussteuer befreit werden. Damit ist der Entwicklung der Konsumvereine ein neues Betätigungsfeld eröffnet. In den Konsumvereinen kann nunmehr eine ganze Reihe von Gebrauchsgegenständen, wie Hausstandsartikel, Woll- und Nähgarn und andere den Hausfrauen willkommenen Waren abgegeben werden. Die Konsumvereine sind nun auch in der Lage, Bekleidungsgegenstände zu führen. Die Folge dürfte sein, daß in

Das Urbrot

Von Dr. Sommer

(Schluß)

Der Wüstenaraber bäckt heute noch dieses süße Brot an seinem Wadlung, der gleich dem Samowar von innen (mit Kamelmilch) geheizt wird, indem er die flachen Kuchen einfach an die Außenseite anlehnt; wenn sie herabfallen, sind sie gar. Dort, wo man besseres und mehr Feuerungsmaterial besaß, buk man das Brot einfach, oft mit Blättern als Schutz umwickelt, in der heißen Asche. Solches Brot aß der Reisende Vostok bei den Indianern und Nachtigall bei den Negern, und aus dem Mittelhochdeutschen vor Luther ist uns noch das Wort „Ascherbrot“ überliefert. In mancher ländlichen Gegend bäckt man noch heute „Aschenkuchen“. Besser gerieten diese, wenn man sie in 15 bis 22 Millimeter Dide zwischen zwei flache heiße Steine legte; man hat solche bei Ausgrabungen aufgefunden. Auch das geschah noch alles ohne Säuerung.

Ganz ähnlich haben die Europäer der Stein- und Bronzezeit ihr Brot hergestellt. Auch hier hatte man vorher die gerösteten Körner zergrüt, wie das heute noch im Schweizertal Engadin geschieht. Wir wissen das aus Resten alter Gräber und Wohnungen, besonders den Pfahlbauten in den Seen. Man verwendete damals zu beider Art Nahrung Weizen, Roggen, Gerste, Dinkel (Spelz), Hafer, Buchweizen, Hirse, Erbsen, denen man, wohl des Wohlgeschmacks wegen, Leinsamen beigemischte. In schmalen Zeilen mischte man im Norden selbst Kiefern- und andere Baumrinde bei, was dortselbst heute noch nicht ganz ausgegeben sein soll.

Als die Töpferei aufgefunden war, machte man die Erfindung der Backloche, die die Verunreinigung abhält und eine gleichförmige Gibe erzeugt. Nun wurde das Brot auf einen Herdstein gelegt, die irdene Glode darüber gestellt und von allen Seiten mit heißer Asche bedeckt. Diese einfachste Art der Broterzeugung ist heute auch in Europa durchaus noch nicht ausge-

storben. Bei der bäuerlichen Bevölkerung laucht sie hier und da vom Wasenland bis Schweden und Lappland, von der Wladina bis Albanien, in allen russischen Provinzen bis zum Kaukasus immer wieder auf, nur geschieht das Backen jetzt meist auf eisernen Rosten oder Platten, doch wird besonders in Dalmatien und auf dem Balkan die alte Backloche noch verwendet.

Hella Schärer hat (Zeitschrift für österreichische Volkskunde, 1914) sogar nachgewiesen, daß das alte Flachbrot nicht nur in allen Gebirgstälern des weniger kultivierten Europa, sondern selbst noch in fast allen Tiroler Tälern, wo es ja noch keine zünftigen Bäcker gibt und die Hausfrau nicht alle Tage oder selbst Wochen backen kann, hergestellt wird. Es wird da alle Monate einmal gebacken, und zwar wird sowohl schon gesäuert als auch der Backofen verwendet — aber die alte Form, die Trockenheit und die Haltbarkeit, auf die es ankommt, ist geblieben. Uebri-gens wurde vor Jahren ähnliches Brot als „Schwedisches“ bei uns als Delikatesse verkauft.

Die Säuerung wurde erfunden, als in einem feuchten Klima übriggebliebener Teig von selbst in Gärung geriet und späterem Gebäck beigemischet wurde. Als sich herausstellte, daß dieses hierdurch weigermehdender und bekömmlicher wurde, hielt man darauf, stets einen Rest des alten Gemisches übrig zu lassen. Eine schwache Säuerung war schon im alten Ägypten üblich und kam von da nach Griechenland und Rom. In Gallien und Spanien kannte man bereits im Altertum die schnellere Ansäuerung durch Most oder Bierhese, die vielleicht schon aus Ägypten stammt, wo man schon in sehr früher Zeit Bier braute. Aber erst die starke Säuerung machte es möglich, weiches Brot herzustellen und von der uralten Kuchenform abzugeben, aber das damit reichere Gebäck ist leichter dem Verderben ausgesetzt. Die haltbarere Festgebäck des Lebens und Gewürz- (sog. Pfeffer-) Kuchens aber behielt die alte Flachform bis heute beibehalten.

Balde größere leistungsfähige Konsumvereine dazu übergehen, Warenhäuser bzw. Spezialgeschäfte einzurichten. Die Erweiterung der Geschäftsbetriebe der Konsumgenossenschaften hinsichtlich der Aufnahme von Bekleidungsgegenständen, Hausstandsartikeln usw. führt nicht nur dahin, daß der organisierte Konsument nunmehr in die Lage kommt, viel größere Umsätze in seiner Genossenschaft zu tätigen, eine weitere Folge wird auch sein, daß der Eigenproduktion durch die Konsumvereine ein viel weiterer Spielraum als bisher gegeben wird. Die ausgedehnte Eigenproduktion der britischen Konsumvereine ist z. B. besonders auf dem Gebiete der Erzeugung von Kleidern, Schuhen, Möbeln usw. erfolgreich gewesen.

Die englische Großeinkaufsgesellschaft berichtet über eine afrikanische Kolonialunternehmung. Durch die Errichtung einer Niederlassung mit Faktoreien in Sierra Leone kommt die Zentrale der englischen Konsumvereine nunmehr in die Lage, bei Anschaffung unnötiger Zwischenglieder, die Rohstoffe für die Margarine- und Seifenherstellung aus eigenen Betrieben zu beziehen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ bemerkt in ihrem Bericht über diesen neuen Erwerb mit begreiflicher Bitterkeit, daß der deutschen Großeinkaufsgesellschaft im Gegensatz zu englischen Konsumvereinen, nachdem man Deutschland der Kolonien beraubt hat, nichts übrigbleibt, als ihre Rohmaterialien in Zukunft durch die englischen Kapitale zu beziehen.

Von einer interessanten Neubildung wird aus der Schweiz berichtet. Dort entsteht in etwa 1½ bis 2 Jahren ein Dorf von besonderer Eigenart, nämlich ein rein genossenschaftliches Gemeinwesen. Die Siedlung soll „Freidorf“ heißen und rund 150 Einfamilienhäuser zu 4, 5 und 6 Zimmern erhalten, jedes Haus mit wenigstens 200 Quadratmeter Garten. Die Bewohner dieses Dorfes werden ihre Lebensbedürfnisse auf genossenschaftlichem Wege decken. Sie bilden nicht nur eine Wohn-, sondern auch eine Konsum- und Produktionsgenossenschaft, mit Anschluß an den Verband schweizerischer Konsumvereine und dessen Zweckgenossenschaften. Lebensmittel, Schuhe, Manufaktur- und Merceriewaren, Fleisch, Milch usw. sollen in den Verteilungsstellen und Genossenschaften erhältlich sein, Brot und andere Bodwaren werden in eigenen Bäckereien hergestellt. Ein Versammlungsort, ein Lesesaal, vielleicht sogar eine Schule, ein eigenes Postbureau, Reparaturwerkstätten usw. werden im Dorf entstehen, Spielplätze für Groß und Klein, Promenaden und Alleen und wahrscheinlich auch eine Kaffeewirtschaft werden nicht fehlen. Die Schweizer Konsumgenossenschaft darf hoffen, daß das Experiment gelingen und seinen Gründern wie der Konsumvereinsbewegung Ehre machen werden.

Die Schottische Großeinkaufsgesellschaft feierte vor kurzem ihr 50jähriges Jubiläum. Bekanntlich hat in Schottland noch mehr wie in England, die Konsumvereinsbewegung weite Kreise der Bevölkerung für sich zu erobern vermocht. Dem angemessen sind auch die Erfolge der Schottischen Großeinkaufsgesellschaft in ihrer Vielseitigkeit und ihrem Umfang besonders erwähnenswert. Der Gesamtumsatz betrug im letzten Jahre 302 000 000 Pf. Die Eigenproduktion umfaßt recht zahlreiche Betriebe. Vorhanden sind unter anderem Schuh- und Stiefelfabriken, Gerbereien, Tischlereien, Bürstenmachereien, Konfervenfabriken, Zuder-, Tabakfabrik, Kleiderwaren-, Strumpfwaren-, Tuch- und Flanell-, Mantel-, Margarine-, Zinnwaren- und Farbenfabriken, Mühlen und Meiereien, Vanil-, Güter verschiedener Art usw. usw. Die schottische Großeinkaufsgesellschaft darf mit Stolz auf das bisher geleistete zurückblicken.

Von der belgischen Konsumvereinsbewegung wird berichtet, daß die Konsumvereine der Großstädte fortgesetzt große Fortschritte machen und auch während des Krieges zahlreiche Mitgliedererwerbungen zu verzeichnen hatten. In der Provinz Vüttich sind die Konsumvereine zu einer großen Genossenschaft, die in kleineren Orten Verkaufsstellen unterhält, zusammengeschlossen. In Hennegau wird die gleiche Entwicklung angestrebt.

Adolf Rupprecht

Einigkeit!

Unsere unmittelbare Aufgabe ist die Herstellung einer einheitlichen sozialistischen Partei. Es handelt sich nicht um eine despotische und tote Einigkeit; die verschiedenen sozialistischen Organisationen können und sollen weiter existieren, aber sie müssen imstande sein, über ihre gemeinschaftlichen Aktionen in freundschaft-

licher Weise zu beraten und zu beschließen. Alle haben wir dasselbe Ideal, wenn wir auch über unsere Kampfmethoden nicht einig sind. Es macht nichts, daß manche mehr an die Kraft des allgemeinen Wahlrechts glauben, während andere die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Aktion besonders hervorheben. Es gibt keinen unter uns, der den Wahlkampf verurteilt, ebensowenig wie es unter uns Leute gibt, die den geschichtlichen Prozeß aufhalten und den Sozialismus in die Wahlurne einsperren möchten. Die Erhebung des Sondereigentums durch das Gemeineigentum ist eine viel zu tiefe Umwälzung und setzt so viele widerstreitende Leidenschaften, so viele Hoffnungen und Befürchtungen in Bewegung, daß es keinem gestattet sein darf, dem Proletariat den Weg vorzuschreiben, den es zu seiner Befreiung zu durchlaufen hat. Die Hauptsache ist, daß jeder entschlossen bleibt, alle Kräfte, die die neue Ordnung vorbereiten, in den Dienst des Sozialismus zu stellen. Alle, die in den wirtschaftlichen Organisationen wirken, die Gewerkschaften gründen und leiten, die Genossenschaften fördern, die in den Gemeinden und in der Gesetzgebung tätig sind, die im parlamentarischen Kampfe dem Feinde begegnen und innerhalb der Festsung, wo der Feind seine Waffen schmiedet, das rote Banner aufrollen — alle sind sie Soldaten einer Armee, Mitkämpfer desselben Kampfes und Brüder in derselben Hoffnung.

Jean Jaurès (1897).

Schlichtungskommissionen für Hausangestellte

Man hat es früher bekämpft, daß das „Gesinde“ der Polizeibehörde unterstellt war. Aber wenn diese auch gewiß für die Beurteilung vieler feinerer Rechtsfälle im Dienstbotenverhältnis die geeignetste Stelle nicht war, — es gab doch eine Stelle, die immer erreichbar und imstande war, schnell einzugreifen. So kommt es häufig vor, daß beim Verlassen einer Stellung die Sachen eines Mädchens vom Dienstgeber zurückbehalten werden unter irgendwelchen Vorwänden — hier konnte früher die Polizei sofort eingreifen. Durch Abschaffung der Gesindeordnung bleibt in allen solchen Fällen heute nur das langwierige Gerichtsverfahren. Wohin soll man sich wenden bei Streitigkeiten innerhalb des Dienstverhältnisses? Unsicherheit und Scham vor den öffentlichen Gerichten halten viele zurück.

In Berlin hat auf Anregung des dortigen Kuratoriums für den Arbeitsnachweis für Hausangestellte der Demobilisierungsausschuß Groß-Berlin angeordnet, daß den öffentlichen Arbeitsnachweisen Schlichtungskommissionen angegliedert werden; Vorsitzender der Kommission ist der Leiter des Arbeitsnachweises oder, wo solche vorhanden, Leiter oder Leiterin der Abteilung für Hausangestellte an dem Arbeitsnachweis. Zweck der Kommission ist, Streitigkeiten, die sich aus dem Arbeitsverhältnis von Hausangestellten in Privathaushaltungen ergeben, insbesondere alle Streitfälle, die bisher nach der Gesindeordnung der Zuständigkeit der Polizeibehörden unterlagen, vor Beschreitung des ordentlichen Rechtsweges zu schlichten.

Mitglieder der Kommission sind je ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmervertreter, welche von der dem öffentlichen Arbeitsnachweis vorgesetzten Behörde auf Vorschlag der größeren in Betracht kommenden Organisation auf die Dauer von drei Jahren bestellt werden. Bei der Bestellung ist die Mitgliederzahl der Organisation zu berücksichtigen. Das ist eine Mahnung sowohl für die Hausfrauen als für Hausangestellte, sich den Organisationen anzuschließen, die allein ihnen die Möglichkeit geben, ihren Einfluß bei dieser wichtigen Angelegenheit zur Geltung zu bringen.

Die Schlichtungskommission — die regelmäßig tagen soll und, wenn beide Parteien zur Stelle sind, ohne weiteres verhandeln kann — kann nur von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Einzelfällen (nicht von Organisationen, auch nicht in Streitigkeiten allgemeiner Art) angerufen werden.

Vertretung ist nur im Behinderungsfalle zulässig. Gewerksmäßige Vertreter werden nicht zugelassen.

Der Vorsitzende hat eine gütliche Einigung zu versuchen und soll, soweit es ihm möglich ist, den Parteien Rechtsauskunft erteilen. Kommt eine Einigung nicht zustande, ist ein Schiedspruch zu fällen.

Gegen den Schiedspruch steht den Parteien binnen einer Woche die Beschwerde an die Beschwerdekommision zu. Wird nicht rechtzeitig Beschwerde eingelegt, so gilt der Schiedspruch als angenommen.

Die Beschwerdekommision wird für den Bezirk des Ausschusses Groß-Berliner Arbeitsnachweise errichtet. Der Vorsitzende dieser Kommission und dessen Stellvertreter werden von dem Ausschuss Groß-Berliner Arbeitsnachweise ernannt. Der Beschwerdekommision gehören je zwei Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an.

Die Beschwerdekommision kann von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in allen Streitigkeiten als Einigungsamt angerufen werden. Das Verfahren vor der Schlichtungskommision und vor der Beschwerdekommision ist für die Parteien kostenlos. Ein Anspruch auf Zeugengebühren besteht nicht. — Zweifellos werden auf diesem Wege viele Streiffälle eine Lösung finden. Es wäre zu wünschen, daß überall Hausfrauen- wie Hausangestelltenverbände auf die Schaffung solcher Schlichtungskommisionen drängten.

Deutsche Arbeiterfinder nach Dänemark

Der „Vorwärts“ schreibt: Ende Juli wandten sich deutsche Parteigenossen an die dänischen Gewerkschaften und Parteiorganisationen mit der Bitte, deutschen Arbeiterfindern einen kurzen Ferienaufenthalt in Dänemark zu verschaffen. Trotz der kurzen verfügbaren Zeit wurde der Gedanke wieder aufgenommen und Aufrufe an die dänischen Parteiorganisationen versandt. Es stehen bereits eine große Anzahl Plätze zur Verfügung. Durch das Entgegenkommen des dänischen Justizministeriums wird die Nachfrage durch kulanteste Baherteilung vereinfacht. Die Reiseausgaben in Dänemark werden von den dänischen Organisationen britten. Vor der Abreise werden die Kinder ärztlich untersucht, gegen Unglücksfälle und gegen Krankheit auch in Dänemark versichert. Die Reise nach Dänemark erfolgt unter Aufsicht deutscher Parteigenossen, die Rückkehr unter Begleitung dänischer.

Rundschau

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Aufdeckung der Schuld am Kriege hat sich am 21. August in Weimar konstituiert und wird am 23. September in Berlin zusammen-treten. Drei Frauen gehören diesem Ausschuss an: Frau Dransfeldt (Zentrum) und die Genossinnen Büßl und Bohm-Schuch.

Das Kartell der Auskunftsstellen für Frauenberufe, Berlin, dem 104 Berufsberatung ausübende Einrichtungen und Organisationen angeschlossen sind, veranstaltet am 20. und 21. September in Berlin im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 120, seine zweite ordentliche Ausschuss-sitzung. Auf der öffentlichen Versammlung am Sonnabend, den 20. September, kommen folgende Themen zur Verhandlung: 1. die behördliche Regelung der Berufsberatung, Berichterstatterin Fräulein Gertrud Anischenosky-Düsseldorf, Geschäftsführerin des Landesberufsamtes der Rheinprovinz; 2. die Sammlung von berufskundlichem und Anbahnungsmaterial für Berufsberater und Ratfuchende, Berichterstatterin Fräulein Edith Stillmann, Leiterin der weiblichen Abteilung der Zentrale für Berufsberatung und Lehrstellenermittlung in Hamburg. Lehrer und Lehrerinnen, Vertreter und Vertreterinnen von Organisationen, die sich mit der Berufsberatung der Jugend beschäftigen, von Berufsverbänden und Vereinen zur Hebung der Berufsbildung, von Arbeitsnachweisen, sowie sozialpolitisch interessierte Persönlichkeiten

können Anmeldungen zur Teilnahme an der öffentlichen Versammlung an die Geschäftsstelle des Kartells der Auskunftsstellen für Frauenberufe, Berlin NW. 29, Bräudenallee 33, richten.

Gegenüberstellung der Lebensmittelpreise von 1914 und 1919.

Die ungeheure Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, die von einem Sachkundigen in nachstehender Tabelle anschaulich dargestellt wird, beweist wohl klar, daß die von den Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen bisher er-rungenen Löhne und Gehälter noch nicht ausreichen, die enormen Steigerungen auszugleichen.

Angeführt sind diejenigen Artikel, die im Monat Juli 1919 in Ludwigshafen rationiert verteilt wurden, ferner Erbsparartikel, die absolut zum Leben notwendig sind, aber keinen annähernden Ausgleich zum Lebensunterhalt gegenüber 1914 darstellen. Zugrundegelegt ist eine Haushaltung von 4 Köpfen. (Die Preise beziehen sich auf die angegebene Gesamtmenge.)

	1914	1919
	RM.	RM.
4 Pfd. frisches Fleisch	3,20	12,50
4 „ Salzfleisch	3,20	22,—
72 „ Brot	9,72	19,44
6 „ Mehl	1,26	7,20
6 „ Zucker	1,88	8,30
8 „ Zucker, Nachlieferung Mai-Juni	1,84	4,40
1 „ Hafersflocken	0,20	0,90
1 „ Rüdeln	0,32	0,66
1 „ Grieß	0,24	0,50
1 „ Gerstengröße	0,22	0,44
1 „ Gerstensflocken	0,22	0,50
6 „ Kunsthonig	2,40	4,80
18 „ Marmelade	7,20	23,40
8 Stück Eier	0,56	2,16
2 Pfd. Limburger Käse	0,96	2,50
1/4 „ Emmenthaler Käse	0,98	1,90
1 „ Gerstenkaffee	0,28	0,70
4 „ Speck (Ersatz für Butter)	3,20	22,—
18 „ Suppenmasse (Ersatz für Kartoffeln)	—	10,20
18 „ Meis (Ersatz für Kartoffeln) (1914 120 Pfd. Kartoffeln angenommen)	8,40	39,60
8 „ Bohnen (weil nötig zum Lebensunterhalt)	—	20,—
8 „ Erbsen („ „)	—	20,—
1 „ Bohnenkaffee (im Jahre 1914)	2,—	—
2 „ Kaffee-Ersatz („ „ 1919)	—	2,32
1 Paket Zichorie	0,10	0,58
Zum Kochen unbedingt nötig:		
4 Pfd. Salz	0,40	1,12
2 Liter Essig	0,20	1,08
10 Gramm Gewürze	0,05	0,80
1 1/2 Pfd. Zwiebeln	0,11	0,45
Suppengrün	0,10	0,80
Salat	0,25	1,25
1/2 Liter Salatöl	0,60	8,50
6 Pfd. Gemüse, Wirsing, Weißkohl	0,50	1,50
1 „ amerikanisches Schmalz	0,72	9,—
15 „ Frischbrot	3,—	12,—
1 „ Dörrobst	0,80	3,20
229 1/4 Pfd. Lebensmittel	54,61	267,90
(Gibt pro Tag und Person 900 Gramm.)		
Für Miete (3 Zimmer und Küche)	50,—	65,—
Schuhanschaffung und Reparaturen	15,—	75,—
Beschaffung und Reparaturen an Kleidung u. Wäsche	18,—	100,—
Brand und Licht	5,—	15,—
Seife und Waschmittel	2,—	12,—
Summa	144,61	584,90

Zu bemerken ist, daß bei der Berechnung der Preise für Schuhe und Kleidung die laufenden Reparaturen sowie Mängel für Neuanschaffung unbedingt notwendig sind. Noch nicht in Rechnung gestellt ist: Körperpflege, Vereins- und Verbandsbeiträge, Kranken- und Reichsversicherung, Trinf- und Taschengelder, Theater, Sport, Tageszeitungen, Konzerte, Rauchmaterial, Milch für Kinder usw.; ferner Neuanschaffungen für Möbel, Haus- und Küchengeräte, Bettwäsche u. dgl. mehr. — Kakao, Tee, Schokolade, Konfekt, Zwiebad u. dgl. für Kinder fehlt.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Bohm-Schuch. Druck: Vorwärts Buchdruckerei. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. S., sämtlich in Berlin SW 68, Lindenstraße 3